

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	72
		<b>TOP:</b>	15
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	07.07.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Sidgi, Herr Dr. Riegger (beide SWSG)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / as		
<b>Betreff:</b>	<b>Zielerreichung Klimastrategie - mündlicher Bericht durch die SWSG -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Im Sinne der angehängten Präsentation berichten Herr Sidgi (Folie 1 bis 11) sowie Herr Dr. Riegger (Folie 12 bis 20) (beide SWSG).

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, als Tochtergesellschaft der Stadt und als stärkster Akteur im sozialen Wohnungsbau sei es beeindruckend, was die SWSG in Bezug auf die Zielerreichung der Klimastrategie unternehme. Es sei begrüßenswert, dass die SWSG hierzu auf derart zahlreichen Ebenen und in einer großen Breite tätig sei. Zudem sei transparent dargestellt worden, wie die entsprechenden Ziele erreicht werden sollten. Ihre Fraktion habe die SWSG mit einem Antrag gedrängt, beispielsweise eine Sanierungsquote von 4 % durchzuführen. Die SWSG habe sich dieser Aufgabe gestellt und diese angenommen, wodurch sich nun gewisse Erfolge zeigten. In einem Unternehmen wie der SWSG liege ein sehr hohes Sach- und Fachwissen vor und die Erkenntnisse der SWSG könnten ebenso in der Breite derer Liegenschaften umgesetzt werden. Ihre Fraktion würde es begrüßen, falls die von der SWSG gewonnenen wichtigen Erkenntnisse im Bereich der Nutzerorientierung einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden könnten. Schließlich müsse gemeinsames Wissen geteilt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Da das Thema PV-Mieterstrom bzw. Balkonkraftwerke ein wichtiges Anliegen vieler Bewohner \*innen sei, äußert StRin Munk die Bitte, auf diesen

Aspekt u. a. in Bezug auf Sicherheitsfragen und des Aspekts der Befestigung näher einzugehen. Ihre Fraktion unterstütze die SWSG über entsprechende Forderungen, über bestehende Klimaschutzprogramme sowie über den SWSG-Aufsichtsrat bei der Erreichung der Klimaschutzziele.

Die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Installation von PV-Anlagen auf Dächern seien bekannt, betont StRin Durst (CDU). Auch sie interessiert sich wie StRin Munk, welche Lösungsmöglichkeiten die SWSG bei privaten Mehrfamilienhäusern bezüglich von PV-Balkonanlagen anböten, da hier oftmals Probleme aufträten.

StR Dr. Jantzer (SPD) begrüßt die Behandlung des vorliegenden Themas in der heutigen Sitzung. Schließlich sei die SWSG beispielgebend für LHS und andere Wohnbau-genossenschaften stellten ebenso entsprechende Überlegungen an. Zudem ständen noch die Quartiere mit völlig unterschiedlichen Akteuren an. In all diesen Bereichen könne von den orientierenden Werten der SWSG gelernt werden. Die SWSG-Zielsetzung "Lebenswerter und preiswerter Wohnraum" sei sehr wichtig. Der Aspekt "Preiswerter Wohnraum" werde von der SWSG bewusst aufgeführt, da sie in diesem Konflikt agieren müsse und auch wolle. So müsse die Klimaneutralität erreicht werden und gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass sich die Mietpreise in einem angemessenen Rahmen hielten. In diesem Zielkonflikt sei die SWSG äußerst beispielgebend, was erfreulich sei. Insbesondere Herr Sidgi und Herr Dr. Riegger persönlich würden diese Ziele vorantreiben, so StR Dr. Jantzer.

In Bezug auf die Diskussion der zukünftigen Zielsetzung sei es wichtig, wie in den unterschiedlichen Bereichen durchschnittlich 100 kWh/ qm/ Jahr erzielt werden sollten. Es sei wichtig, welche Ziele die SWSG bei Hüllenmodernisierungen und bei der Einsparungsquote anstrebten. Die Art der Energieerzeugung sei entscheidend für die kurzfristig zügigste Erreichung der Klimaziele. In der McKinsey-Studie werde ein Orientierungswert von 40 % im Bereich der Hüllenmodernisierung aufgeführt und BM Pätzold habe mehrfach sogar einen Wert von 50 % dargestellt. Für StR Dr. Jantzer stellt sich die Frage, warum in dem Bericht der SWSG 23 % aufgeführt seien und welche Logik dahinterstehe. Zudem sei fraglich, ob hiermit eine Zielsetzung zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 oder 2050 erfolgen könne, ohne das Ziel von preiswerten erschwinglichen Preisen auch für Eigentümer aufgeben zu müssen. Da sich alle Investitionen amortisieren müssten, solle zunächst auf die großen Energieverbraucher zugegangen und in diesem Bereich der Verbrauch heruntergefahren werden. Die SWSG setzten offenbar auf Niedertemperaturfähigkeit, obwohl dies Herr Dr. Riegger nicht expliziert ausgeführt habe. Zwar könnten auch nach dem Jahr 2035 die Gebäudehüllen weiter verbessert werden, allerdings müssten in Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität bereits vorher entsprechende Einzelmaßnahmen durchgeführt werden. Wie auch die Stadt verfolge die SWSG das Ziel einer erschwinglichen Energiewende: Die Warmmiete müsse schlussendlich im Verhältnis zu den durchgeführten Sanierungsmaßnahmen stehen.

Die SWSG habe ein gigantisches Programm vorgelegt, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Dies könne lediglich gemeinsam bewältigt werden. Er stelle sich die Frage, wie die große Aufgabe der Wärmewende u. a. über die Sanierung der Gebäudehülle organisiert werden solle. Ein derart großer Akteur wie die SWSG entwickle Erfahrungen und Kompetenzen, die für zahlreiche andere Player ebenso interessant und wichtig seien. Den von StR Dr. Jantzer erwähnte Anteil von 23 % im Bereich der Hüllenmodernisierung hält StR Rockenbauch für zu niedrig angesetzt, auch wenn dieser Wert schon eine große Herausforderung für die

SWSG darstelle. Es stelle sich die Frage nach einem Geschäftsmodell einer seriellen Gebäudesanierung. Hierbei müsse möglicherweise ein einheitliches Produkt gemeinsam mit den SWS entwickelt werden. Die entsprechenden Abhängigkeiten betreffen Dachsanierungen und die Installation von PV-Anlagen sowie die Niedertemperaturfähigkeit und die Frage der Eignung von der Gebäudehülle oder der Heizung. Die Umsetzung müsse nicht lediglich von Gebäude zu Gebäude stattfinden, sondern in einem großen Maßstab im Rahmen der seriellen Sanierung gemeinsam mit den SWS. Dieses kooperative Geschäftsmodell könne durchaus über die Bestände der SWSG hinaus eine Wirkung entfalten, da die Partner wie u. a. die Gerüstbauunternehmen, die Holzbauunternehmen, die Sägewerke sowie die SWS fest eingebunden seien. Der soziale Wohnungsbau als Kernkompetenz der SWSG sei nicht verhandelbar und das Bekenntnis hierzu sei wichtig. Die bezahlbaren Mieten sollten nicht über den Markt herbeigeführt werden, da dies nicht funktioniere. Die noch folgenden Klimafolgekosten seien am kostspieligsten, daher müssten von politischer Seite bereits zu heutigem Zeitpunkt Geschäftsmodelle entwickelt werden, die zwar nun noch nicht wirtschaftlich seien und sich noch nicht am Markt befänden. Bund, Land und die Stadt müssten gegebenenfalls ein neues Förderregime erstellen und zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Bei der SWSG habe die LHS direkt die Möglichkeit, Gelder für bezahlbares Wohnen einzusetzen, ohne dass auf die Gebäudesanierung oder die Installation von PV-Anlagen verzichtet werden müsse.

StR Osazek (PULS) äußert seinen Dank an die SWSG für deren erhebliche Bemühungen, das Klimaneutralitätsziel in einen Klimapfad zu übersetzen. Mit der Eigenkapitalaufstockung habe der Gemeinderat der SWSG hierzu große Ressourcen ermöglicht. Bei den Themen Bauen und Sanieren gehe es im Wesentlichen um die graue Energie (Scope 3-Emissionen in den vor- und nachgelagerten Ketten) und die Frage der Zirkularität des Bauens. Auf seine Frage, ob die SWSG bereits mit Lebenszyklusbetrachtungen in Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Bilanzierung arbeite, wird dies von Herr Sidgi und Herrn Dr. Riegger bejaht. Herr Dr. Riegger ergänzt, die SWSG beschäftige sich mit diesem Thema sehr intensiv, da dieses ein sehr großes Potenzial beinhalte. Die SWSG habe für ihr Pilotgebäude am *Prießnitzweg* im Stadtbezirk Bad Cannstatt erstmalig diesen Weg in großem Stil beschritten. Ebenso seien die Bilanzen untersucht worden, wie viel gebundene graue Energie und wie viele graue Emissionen in einem konventionellen Gebäude vorhanden seien und wie viele Emissionen im Verlauf des Betriebs aufträten. Es handle sich um ein "Plus-Energiegebäude", wodurch rechnerisch die Emissionen durch die PV-Strom-Erzeugung sinken würden, allerdings seien die im Gebäude vorhandenen Emissionen enorm hoch. Diese könnten massiv um 30 bis 50 % reduziert werden, falls ein Holzgebäude wie im vorliegenden Fall errichtet werde. Dieser Prozess werde nicht in diesen extremen Pilotcharakter bei anderen Vorhaben übertragen, da die Kosten und die gesamte Breite der Gebäude berücksichtigt werden müssten. Allerdings werde dieses Pilotprojekt im SWSG-Bestand in einer vernünftigen Art und Weise umgesetzt. Die Gebäude durchliefen in der Regel den Zertifizierungsprozess für das „Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude“ (QNG), womit der "Effizienzhaus 40 Nachhaltigkeits-Standard" erreicht werde. In der Modernisierung spielten Baustoffe ebenso eine große Rolle, allerdings würden hierbei weniger Baustoffe ausgetauscht. Daher werde in diesem Bereich kein Zertifizierungsprozess benötigt.

Vor allem beim Sanieren stelle das Thema serielles Sanieren den Spielentscheider dar, so StR Ozasek, um auf hohe Sanierungsraten zu kommen. Hierbei handle es sich nicht um Teilsanierungen, sondern um Vollsanierungen. Dabei werde ein Objekt mit einer komplett neuen, hochfunktionalen Gebäudehülle überzogen, um entsprechend in allen Bereichen wie bei der Reduzierung des Transmissionswärmeverlusts, der Energieversorgung sowie der PV-Nutzung einen Durchbruch zu erzielen. Entweder solle seitens der SWSG in eine strategische Partnerschaft mit anderen Akteuren eingetreten werden oder es solle eigenes Know-how im Unternehmen aufgebaut werden. In der Stadt Erlangen habe man damit gute Praxiserfahrungen gesammelt. An BM Pätzold gewandt schlägt StR Ozasek vor, einen Praxisbericht über die dortige kommunale Wohnungswirtschaft in einem Gremium vorzulegen. Die deutliche Ansage der SWSG, Wasserstoff werde im Gebäudesektor keinen Einsatz finden, sei sehr erfreulich, so der Stadtrat. Der Gesamtwirkungsgrad von Wasserstoff sei sehr ineffektiv und dafür würden alternative Technologiepfade zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands erschlossen. Die Nahwärmenetzstrategie der SWSG gemeinsam mit der Stadt sei sehr vorbildlich und der Aspekt der Wärmepumpe bei den SWSG sei ebenso sehr zu begrüßen. Der Bereich der Fernwärme mache einen erheblichen Teil der Strategie der SWSG aus. Dabei stütze man sich auf ein Gesetz, welches aussage, die Fernwärme werde auf wundersame Weise ab dem Jahr 2035 klimaneutral. Dagegen werde die Fernwärme weiterhin CO<sub>2</sub>-intensiv sein, so der Stadtrat. Ebenso wenig werde der Wasserstoff innerhalb der Fernwärme zukünftig eingesetzt. Daher müsse der Druck aufrechterhalten bleiben, dass der Wasserstoff tatsächlich zu einem klimaneutralen System umgebaut werde. Zudem müsse es Ziel sein, in das Eigentum der Netze zu kommen. Der Bereich der Nutzerorientierung sei sehr wichtig und seiner Fraktionsgemeinschaft gehe es hierbei um die Mietermobilität. Er erkundigt sich, ob Gespräche seitens der SWSG bezüglich der Einführung eines Mietertickets liefen. Dies betreffe ebenso die Fahrradfreundlichkeit, bei der in Bezug auf zahlreiche SWSG-Wohnprojekte noch punktuell großer Nachholbedarf bestehe. Hinsichtlich der Standardisierung freue ihn, dass die SWSG die Stiftung Warentest übertreffe. Im Bereich der Wärmerückgewinnung bestünden bereits Standardmodule.

Auf die Frage des Stadtrats, ob seitens der SWSG Überlegungen zur Wärmerückgewinnung beim Brauchwasser in den Objekten bestehe, betont Herr Dr. Riegger, die SWSG setze bislang keine derartigen Systeme ein, da sie beim Kosten-Nutzen-Verhältnis noch zu keiner positiven Bewertung gekommen sei. Dennoch werde bei der Wärmerückgewinnung ein großes Potenzial gesehen. Die konventionelle Wärmerückgewinnung über eine Lüftung sei in Mehrfamilienhäusern aufgrund der Leitungsführung und der Brandschutzthemen sehr schwierig. In der Wohnungswirtschaft würden mit Abluftwärmepumpen intelligente Systeme eingesetzt. Hierbei werde die Abluft über die Bäder zentral gesammelt und über eine Wärmepumpe an einer zentralen Stelle genutzt. Falls im Bereich der Wärmerückgewinnung attraktive technische Lösungen entwickelt würden, würde dies einen großen Sprung für die Mieterschaft mit sich bringen.

Die Mehrkosten für den zusätzlichen Aufwand bei den Objekten der SWSG in Hinblick auf die Klimaneutralität müssten ebenso berücksichtigt werden, so StR Zaiß (FW). An eine 100prozentige Umsetzung der Klimaneutralität bis zum Zieljahr 2035 glaube offenbar niemand in dem Gremium. Falls alle umsetzbaren Maßnahmen umgesetzt würden, werde in der Realität ein Erfolg erzielt.

Herr Sidgi betont, der Endenergieverbrauch stelle keinen Primärenergieverbrauch, sondern einen Endenergiebedarf dar. Bei der Diskussion über Einsparpotenziale werde üblicherweise auf bedarfsorientierte Einsparungen referenziert. Die Betrachtung des Endenergiebedarfs seitens der SWSG ergebe in Bezug auf das Einsparziel zwar ein ungünstigeres Ziel, habe jedoch einen bestimmten Grund. Es stelle sich die Frage, wann ein Objekt niedertemperaturfähig sei und auf welche Weise in den nächsten Schritten Klimaneutralität erreicht werden könne. Zum einen müsse konkret betrachtet werden, welche Heterogenität in den SWSG-Objekten vorhanden sei und welche Einzelmaßnahmen auf dem Ziel der Klimaneutralität nötig seien. Bei der Sanierung könne jedes Objekt noch wesentlich effizienter gestaltet werden. In der Regel werde bei einem KfW-Standard von 70 bis 85 der volkswirtschaftliche Nutzeneffekt erreicht. Die SWSG prüfe daher im Hinblick auf ihren sozialen Kern, wie die finanziellen Mittel eingesetzt werden könnten, um einerseits die Klimaneutralität zu erreichen und gleichzeitig jedoch nicht die Mieterschaft zu überfordern.

Im Geschosswohnungsbau seien Lüftungswärmeverluste in Höhe von 30 KWh pro m<sup>2</sup> und Jahr zu verzeichnen. Beim Warmwasser betrage dieser Wert sogar 40 bis 50 KWh pro m<sup>2</sup> und Jahr. Daher wäre es nicht sinnvoll, wenn sich die SWSG Ziele von 70 bis 75 KWh pro m<sup>2</sup> und Jahr stecken würde, da diese nicht erreicht würden. Zudem könne nicht der soziale Aspekt in die Zukunft transferiert werden. Der dargestellte Orientierungswert von 23 % bei der Hüllensanierung stelle ein extrem ambitioniertes Ziel dar und sei nicht mit bedarfsorientierten Energieeinsparzielen zu verwechseln. In den Diskussionen bestehe häufig das Problem, dass die Perspektiven gewechselt und CO<sub>2</sub>-Einsparziele mit Endenergieeinsparzielen und Reduktionszielen verwechselt würden. Die SWSG gehe vom Ergebnis aus und stelle sich die Frage, welche realistischen Pfade und Maßnahmenpakete heute nötig seien, damit das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 erreicht werden könne.

Mit dem Aspekt der seriellen Gebäudesanierung beschäftige sich die SWSG bereits seit mindestens 5 Jahren extrem intensiv. In seiner Zeit als SWSG-Geschäftsführer habe er zwei Rahmenverträge stornieren müssen, so Herr Sidgi, da sie keine tatsächliche Umsetzbarkeit realisiert hätten. So seien mehrere Hundert Wohnungen in Rahmenverträge mit zwei Unternehmen aufgenommen worden, da die serielle Gebäudesanierung als Instrument nicht funktioniert habe. Er sei überzeugt davon, dass die serielle Gebäudesanierung ein Infrastrukturelement der Zukunft sein werde, um die Ziele zu erreichen. Da die Bauverfahren noch wie vor 80 bis 100 Jahren angewandt würden, seien diese sehr personalintensiv. Es stelle sich die Frage, ob genügend Fachingenieure, Planer und Handwerker zur Verfügung ständen. Hierin liege ein großes Problem, am Markt überhaupt die notwendigen qualitätsvollen Partner und Dienstleister zu finden. Dies gelinge der SWSG, werde allerdings in der Zukunft schwieriger. Derzeit beschäftige sich die SWSG intensiv mit dem Ansatz der seriellen Gebäudesanierung in zwei großen Pilotvorhaben und entwickle mit einer Firma ein entsprechendes System. Diese Vorhaben bänden sehr viele Ressourcen und es müsse stets entschieden werden, ob es richtig sei, am Geschäftsmodell eines Partners zu arbeiten oder selber entsprechende Systeme zu entwickeln. Derzeit biete die SWSG als Bauunternehmer keine eigenen Systeme an, sondern agiere eher als Besteller derartiger Systeme.

StR Rockenbauch betont, der von Herrn Sidgi angeführte Pragmatismus in Bezug auf den Endenergieverbrauch sei richtig. Allerdings sei von ihm auch beschrieben worden, ausgerechnet die sinnvollen Lösungen funktionierten nicht. Ziel sei es durchaus, dass öffentliche Träger\*innen in einer Partnerschaft gemeinsam mit anderen Unternehmen wie den SWS ein Geschäftsmodell entwickelten und betrieben. Dies solle nicht lediglich von der energetischen Seite her betrachtet werden, sondern ebenso vor dem Hintergrund der Herstellung von bezahlbarem Wohnraum. Durch eine serielle Sanierung könne das Dachgeschoss aufgestockt werden. Er appelliert an die SWSG, mehr Ehrgeiz und Motivation für neue Lösungen im Bereich des seriellen Bauens und der Wärmerückgewinnung aufzubringen. So könnten technische Effizienzgewinne erzielt werden, da zahlreiche SWSG-Gebäude angegangen werden könnten.

Einige Aussagen von Dr. Riegger und ihm habe StR Rockenbauch offenbar falsch aufgefasst, betont Herr Sidgi. Die SWSG sei darauf angewiesen, in Bezug auf eine Zielerreichung skalierbar zu sein. Die SWSG durchdenke alle unter diesem Tagesordnungspunkt geäußerten Themen sehr intensiv. Dabei mache es keinen Sinn, lediglich über die visionäre Situation zu fabulieren, sondern es gehe um die Kernfrage, wie entsprechende rasch funktionierende Konzepte vorzulegen seien. Daher sollten die Ziele nicht immer weiter ambitionierter gesetzt und die Dinge nicht schon vorher zerredet werden.

Die SWSG verwende nach der Sanierung von Gebäuden realistische Verbrauchswerte, betont Herr Dr. Riegger. Bei den sehr ambitionierten Standards seien keine signifikanten Mehreinsparungen im Vergleich zu moderaten Energiestandards zu verzeichnen, was u. a. in den Aspekten Lüftungswärmeverluste und Warmwasserverhalten begründet sei. Bei der Auswertung der Sanierungen in den letzten Jahren werde deutlich, dass der Energieverbrauch der Gebäude 30 % höher als der vorausberechnete Bedarf nach einer Modernisierung liege. Zudem müsse das Verbrauchsniveau vor Beginn der Sanierung berücksichtigt werden. Die SWSG habe in ihrem Gebäudebestand aufgrund zahlreicher Projekte den Energieverbrauch bereits enorm reduziert. Daher könne sie nun in ihrem Bestand den Verbrauch nicht mehr so stark prozentual vermindern wie bei einem Gebäude, welches bei 150 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr liege.

In Bezug auf die Nutzerbeteiligung sei in den Wortbeiträgen die Akteursbeteiligung genannt worden. In einem aktuellen Forschungsvorhaben der SWSG stelle dies einen wichtigen Punkt dar. Er habe an der Arbeitsgruppe von Herrn Dr. Görres "Gebäude und Wohnen" teilgenommen und stellvertretend für den wissenschaftlichen Part für die Beteiligung von Wohnungsunternehmen und anderen Akteuren wie Mietervertreter\*innen geworben. Dieses Thema werde in der nächsten Woche Inhalt in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) sein. Die Steinbeis-Stiftung werde an dieser Sitzung der Stuttgarter Wohnungsbauunternehmen teilnehmen und bei anderen Akteuren für eine Teilnahme werben.

Hinsichtlich der Balkonkraftwerke stelle deren Installation bei Mehrfamilienhäusern eine problematische Situation dar. Aus rein rechtlicher Sicht befinde man sich bei einer Höhe von über vier Meter im Bereich des Glasbaus. Der weitaus überwiegende Teil der sich am Markt befindlichen Module dürften daher nicht eingebaut werden, da diese keine "über-Kopf-Module" ohne Zulassung seien, sondern es handle sich um spezielle Module und Haltevorrichtungen, da Windlasten vorhanden seien. Als professioneller Vermieter könne die SWSG diesen Aspekt nicht einfach ausblenden., da im Falle eines Unfalls die Sorgfaltspflichten verletzt würden. Zudem sei der Installationsprozess durch die Meterschaft selber sehr kritisch zu betrachten. Sein Unternehmen befinde sich mit Sach-

verständigen und Anbietern in intensiven Gesprächen, so Herr Dr. Riegger. Hierbei werde versucht, ein Paket mit geeigneten Komponenten zu erarbeiten und die Installation durch einen vor Ort ansässigen Betrieb durchzuführen. Es bestünden nur wenige Unternehmen, die Balkon-PV-Module inklusive Installation anböten, da dies für die Betriebe aufgrund der Kleinaufträge nicht lukrativ sei. Ziel der SWSG sei das Angebot eines Pakets für die Mieterschaft, bei der sie lediglich eine Vermittlerrolle ohne Provision einnehme. Obwohl dieses Angebot nicht sehr günstig sei, nehme dadurch der "Do-it-yourself-Effekt" ab und die Sicherheit werde gewährleistet.

StR Sakkaros (CDU) betont, die negative Aussage der SWSG in Bezug auf die Solar-Balkonkraftwerke klinge sehr bürokratisch und kostspielig. Es stelle sich die Frage, ob sich nicht ein Handwerksbetrieb zu einer Terminabfrage in einem Mehrfamilienhaus bereiterklären könne, welche Mieter ein solches Balkonkraftwerk installiert haben wollten. Danach könne das Unternehmen die Aufträge in dem Gebäude abarbeiten und die Anlagen an den Balkonen montieren, ohne sich um die Elektrik zu kümmern. Somit übernehme der Handwerker die Haftung für die Solarmodule, welche dafür bei den SWSG entfalle.

Mit seinem Vorschlag habe StR Sakkaros den Ansatz der SWSG deutlich gemacht, so Herr Dr. Riegger. Dieser Vorschlag decke sich mit dem der SWSG, die dieses Vorgehen propagiere. Es müsse jedoch berücksichtigt werden, dass die Kosten auf diese Weise nicht stark sinken würden. In Bezug auf die Elektrik habe ein Austausch mit den Stuttgart Netzen stattgefunden. Die gesetzliche Lage lasse es nicht zu, die Balkonkraftwerke einfach über die Steckdose anzuschließen. Das Thema werde sich wahrscheinlich in absehbarer Zeit erübrigen, da der Gesetzgeber diesbezügliche Änderungen in Aussicht gestellt habe. Bis dahin müssten die Aspekte der Verkehrssicherung höher gewichtet werden.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / as

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB/82
  3. S/OB  
S/OB-Wohnen  
Stabsstelle Klimaschutz
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
SWS  
SWSG
  5. Amt für Revision
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. FDP-Fraktion
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion
  9. StRin Yüksel (*Einzelstadträtin*)

*kursiv = kein Papierversand*